

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Für mich ist das keine Frage des Ob, sondern ein Muss: Die Altersversorgung von Abgeordneten muss reformiert werden. Es ist den Menschen nicht zu vermitteln, dass für Abgeordnete eigene Versorgungsregeln gelten, während die große Mehrheit in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt und viele am Ende trotzdem nur geringe Rentenansprüche haben. Diese Schere zwischen politischer Sonderversorgung und der Lebensrealität vieler Menschen muss endlich geschlossen werden.

Ich unterstütze daher ausdrücklich das Ziel, die Altersversorgung von Abgeordneten grundlegend umzustellen und künftig in die gesetzliche Rentenversicherung beziehungsweise in ein vergleichbares solidarisches System einzubeziehen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn es innerhalb der ersten sechs Monate der neuen Legislaturperiode gelingt, eine rechtssicher ausgearbeitete Reform auf den Weg zu bringen. Einem solchen Gesetzentwurf würde ich persönlich zustimmen, sofern er die bisherige Sonderversorgung abbaut, Altersvorsorge zweckgebunden regelt und keine neuen Privilegien durch die Hintertür schafft.

Für mich gehört zur Ehrlichkeit in dieser Debatte aber auch: Es geht nicht nur um die Altersversorgung von Abgeordneten, sondern um mehr Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit im politischen System insgesamt. Politik muss bei Löhnen und Versorgung mit gutem Beispiel vorangehen, nachvollziehbar bleiben und Maß halten. Dazu gehört, dass Abgeordnete künftig in die gesetzliche Rentenversicherung beziehungsweise eine solidarische Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden, politische Bezüge transparent und angemessen bleiben und das Rentenniveau insgesamt wieder angehoben wird.

Altersarmut lässt sich aber nicht allein am Rentenbescheid bekämpfen. Wir müssen auch Barrieren abbauen, die Menschen von Arbeit, Teilhabe und Sicherheit im Alter ausschließen – zum Beispiel fehlender oder unzuverlässiger ÖPNV im ländlichen Raum. Wer wegen fehlender oder unzuverlässiger ÖPNV-Anbindung keinen Arbeitsplatz erreichen kann, hat schlechtere Chancen auf Beschäftigung – und damit später auch ein höheres Risiko für Altersarmut.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung ist längst überfällig. Für mich heißt das: keine Sonderversorgung, keine Sonderregeln, sondern ein solidarisches System, das Bürgerinnen und Bürgern gegenüber fair und nachvollziehbar ist. Gleichzeitig brauchen wir mehr Gerechtigkeit im gesamten Renten- und Sozialsystem, damit nicht nur Abgeordnetenpensionen reformiert werden, sondern auch Altersarmut wirksam bekämpft wird.

Mit freundlichen Grüßen

Denis Kreuzadler
Kreuzadler